



**Geschäftsführung  
Betriebsausschuss  
Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt  
Köln**

Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 15.02.2011

**Niederschrift öffentlich**

über die **Sitzung Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 20.01.2011, 15:30 Uhr bis 17:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Vorsitzende**

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	ab 15:55 Uhr bis 16:45 Uhr
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	ab 16:45 Uhr stellvertretend für Herrn Bürgermeister Bartsch
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Arlt	Pro Köln	

**Ratsmitglieder mit beratender Stimme**

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE. stellvertretend für SE Herrn Fischer

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Wilfried Becker SPD-Fraktion bis 17:10 Uhr

Herr Dietmar Donath auf Vorschlag der SPD

Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU
Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU
Herr Heribert Resch	CDU
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Barbara Röttger- Schulz auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Verwaltung**

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier  
Herr Manfred Kaune  
Frau Anke Ludwig  
Frau Beigeordnete Henriette Reker  
Herr Peter Winkels

### **Schriftführerin**

Frau Barbara Bültge

### **Gäste**

Herr Rainer Foerges	Prokurist der AWB Köln GmbH & Co. KG
Herr Peter Mooren	Geschäftsführer der AWB Köln GmbH & Co. KG
Herr Michael Vater	Leiter der Straßenreinigung der AWB Köln GmbH & Co. KG
Herr Herbert Winkelhog	Geschäftsführer der AWB Köln GmbH & Co. KG

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Barbara Albat auf Vorschlag der SPD

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Käthe Reiff auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik

Die Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln und des Ausschusses Umwelt und Grün.

Sie schlägt vor, auch heute mit der Sitzung des Betriebsausschusses zu beginnen, da die Geschäftsführer der Abfallwirtschaftsbetriebe GmbH & Co. KG, Herr Winkelhog und Herr Mooren, der Prokurist Herr Foerges und der Leiter der Straßenreinigung, Herr Vater, anwesend sind und zum Thema Winterdienst den Sachstand aus ihrer Zuständigkeit darlegen wollen. Herr Winkelhog werde dazu auch noch einen Vortrag halten.

Sie weist auf die aktuellen Tagesordnungen und deren Erweiterungen sowie die Tischvorlagen im Betriebsausschuss und im Ausschuss Umwelt und Grün hin.

Zu TOP 2.4 (Umwelt und Grün) liege eine Beantwortung einer mündlichen Anfrage als Tischvorlage vor. Diese stehe noch nicht auf der erweiterten Tagesordnung, da sie erst nach deren Umdruck bei der Schriftführerin eingegangen ist.

Zu TOP 7.1 (Umwelt und Grün) sei Herr Scheu vom Stadtplanungsamt anwesend.

Die Ausschussmitglieder sind mit den Vorschlägen einverstanden und legen die Tagesordnungen wie folgt fest:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **1 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 1.1 Positionspapier  
Auswirkung des Einsatzes von Streusalz auf Straßenbäume  
5131/2010

#### **2 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

- 2.1 Probleme beim Winterdienst zur Jahreswende 2010/2011  
Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.01.2011  
AN/0097/2011

Beantwortung der Anfrage  
0243/2011

#### **3 Mündliche Anfragen**

#### **4 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**

- 4.1 Symposium zum Winterdienst  
Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 19.01.2011  
AN/0139/2011

- 5 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 6 Mitteilungen**
  - 6.1 Einbau von unterirdischen Glascontainern  
4892/2010
  - 6.2 Winterdienst in Köln  
0214/2011
- 7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 9 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 10 Mündliche Anfragen**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 13 Vergaben**
  - 13.1 Benennung eines Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2010 gemäß der Betriebssatzung für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln  
5279/2010
- 14 Mitteilungen**
- 15 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

#### 1.1 Positionspapier Auswirkung des Einsatzes von Streusalz auf Straßenbäume 5131/2010

RM Herr Dr. Welpmann betont, die schädliche Wirkung von Streusalz sei seit Jahren bekannt. Er fordert den Betriebsausschuss auf, sich die Erkenntnis zu Eigen zu machen und die AWB (Abfallwirtschaftsbetriebe) und die anderen Dienststellen, die Winterdiensttätigkeiten ausführen, ausdrücklich aufzufordern, sich an die im Positionspapier genannten Kriterien zu halten, den Streusalzeinsatz auf ein absolutes Minimum zu reduzieren und stattdessen nach Alternativen zu suchen.

RM Frau Welcker begrüßt ebenfalls das Positionspapier. Es habe ihre Befürchtungen bestätigt und sie sei froh, dass die Verwaltung diese Studie vorgelegt habe, bevor man im Ausschuss über den zukünftigen Winterdienst Entscheidungen treffe.

RM Herr Bacher bemerkt, die GALK (Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz) habe aber auch eingeräumt, dass man ohne Streuen nicht auskomme, da auch die Verkehrssicherungspflicht gewahrt werden müsse. Er verweist auf Seite 40 des Berichtes der AWB zum Winterdienst, der darüber informiere, dass auch die AWB sich den Grundsatz "Erst räumen, dann streuen!" zu Eigen mache.

SB Herr Dr. Albach merkt an, das Bayrische Landesamt für Umwelt komme zu dem Schluss, dass Feuchtsalz eine vernünftige Alternative sei, wenn man der Prämisse folge, die menschliche Gesundheit sei der Gesundheit der Bäume vorzuziehen. Daher gelte in der Abwägung "So wenig Salz wie möglich, so viel wie nötig". Es stelle sich gleich unter TOP 6.2 die Frage, ob dies immer so umgesetzt worden sei.

SE Frau Röttger-Schulz spricht die Straßenstreupflicht von Anwohnern an. Sie habe die Beobachtung gemacht, dass die Überwege kaum geräumt waren, so dass sie 4 Wochen lang "eingesperrt" gewesen sei. Sobald die Eisschicht jedoch da war, sei massiv mit Salz gestreut worden. Sie fragt, inwieweit man Privatpersonen verpflichten könne, rechtzeitig Schnee zu räumen. In der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, in der viele Mitglieder auf den Rollstuhl angewiesen seien, sei intensiv über dieses Thema diskutiert worden.

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller richtet ihre Bitte an die Vertreter der Abfallwirtschaftsbetriebe, dazu und zur Abwägungsproblematik Stellung zu nehmen.

Herr Foerges nimmt zum Konflikt hinsichtlich Verkehrssicherungspflicht und ökologischer Aspekte Stellung und geht auf die Strategie des Winterdienstplans – möglichst viel Verkehrssicherheit mit wenig Salzeinsatz - ein. Insbesondere stützt er sich auf das Fazit des Positionspapiers der GALK und bekräftigt das Gebot der Zurückhaltung beim Streusalzeinsatz. Es sei nur dort einzusetzen, wo der Verkehr ohne Salzeinsatz einer wesentlich erhöhten Gefahr ausgesetzt wäre. Die AWB werde dieser Forderung in vollem Umfang gerecht und habe den "differenzierten Winterdienst" umgesetzt.

Herr Foerges informiert über die drei Dringlichkeitsstufen, nach denen je nach Verkehrsbedeutung vorgegangen werde sowie über eine moderne, in den Fahrzeugen installierte, Dosiertechnik, die ein gezieltes Ausbringen von Salz auf die Fahrbahn möglich mache.

Die AWB wolle auch dem zweiten bedeutsamen Punkt des Positionspapiers, der Verringerung der Salzmenge durch Umstellung auf Feuchtsalz, gerecht werden, indem sie ausschließlich Fahrzeuge mit Feuchtsalzausbringung einsetze. Man komme mit relativ wenig Feuchtsalz aus. So seien 5 bis 10 g Feuchtsalz pro m<sup>2</sup> der "Normeinsatz", mit dem man weit unter dem von den Verkehrsministern der Bund-Länder-Konferenz unterstellten 40 g/m<sup>2</sup> liege.

Im weiteren Verlauf geht Herr Foerges auf das sogenannte "vorbeugende Streuen" ein, das bei sehr geringer Salzdosierung (22 % Salzanteil bei Natriumchlorid) eine Fahrbahn für den nächsten Morgen herstelle. Abschließend betont er den Grundsatz "Räumen vor Streuen", der einen Salzeinsatz auf Gehwegen verbiete.

Der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln nimmt das umgedruckte Positionspapier der GALK und die mündlichen Ausführungen von Herrn Foerges zur Kenntnis.

## **2 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

### **2.1 Probleme beim Winterdienst zur Jahreswende 2010/2011 Anfrage der SPD-Fraktion vom 14.01.2011 AN/0097/2011**

#### **Beantwortung der Anfrage 0243/2011**

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller schlägt vor, diesen Punkt zusammen mit TOP 6.2 zu behandeln. Dazu werde Herr Winkelhog eine Präsentation vortragen.

### **6.2 Winterdienst in Köln 0214/2011**

Herr Winkelhog stellt die wesentlichen Punkte des Berichtes der AWB über den Winterdienst 2010/2011 im Wege einer PowerPoint-Präsentation vor.<sup>1</sup>

Zunächst macht er, auch namens seines Geschäftsführerkollegen Herrn Mooren, deutlich, dass dieser Winter die AWB vor Probleme gestellt habe, die nicht zufriedenstellend gelöst worden seien. Die von den Bürgerinnen und Bürgern geäußerte Kritik an den Winterdienstaktivitäten der AWB sei gerechtfertigt, denn viele hätten z. T. erhebliche Einschränkungen in Verkehr und Mobilität hinnehmen müssen. Es habe – hier spricht Herr Winkelhog insbesondere auch im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AWB – alle sehr unzufrieden gemacht, wenn mangelndes Salz den Erfolg der erheblichen Bemühungen reduziert habe.

Eingangs seines Vortrags informiert er über die allgemeinen Rechtsgrundlagen bzw. den grundsätzlichen Inhalt der Winterdienstverpflichtung der Kommunen, über die Winterdienst-Verpflichteten, das einzusetzende Personal und die Maschinen sowie den Umfang der Winterwartung der AWB. Im weiteren Verlauf geht er auf die Streusalzverbräuche der letzten Jahre ein und macht deutlich, dass man bis 2009/2010 nie Probleme gehabt habe, die nachzuliefernden Salzmengen von der Industrie zu bekommen.

---

<sup>1</sup> Die Folien des Vortrags sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Zudem sei es bei den Winterdiensteinsätzen 2010 zu dem Novum gekommen, dass der 1. Einsatz bereits am 26.11.2010 begonnen habe, wo hingegen der 1. Einsatz in 2009 erst am 16.12.2009 begonnen habe.

Herr Winkelhog verdeutlicht die Überlegungen bei den AWB hinsichtlich der klimatischen Bedingungen 2009/2010, die wiederum zu bestimmten Rückschlüssen für 2010/2011 führten. Er informiert ausführlich über die Lehren für den Winterdienst 2010/2011 und die Konsequenzen für einen funktionsfähigen und wirksamen Winterdienst. Hierzu gehöre auch ein Winterdienst-Symposium, in welchem die Basis für eine politische Willensbildung geschaffen werde.

Abschließend berichtet er über positive Ergebnisse. So konnte trotz Schnee, Eis und Behinderungen der Nahverkehr in Köln aufrecht erhalten und die Müllabfuhr in allen Revieren an allen Tagen für alle Fraktionen durchgeführt werden. Lediglich bei der Bio-Abfuhr sei es durch gefrorene Anbackungen des Abfalls zu Ausfällen gekommen.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller dankt Herrn Winkelhog für den aufschlussreichen Vortrag.

Bei der anschließenden Diskussion mit Wortbeiträgen von RM Herrn Bacher, RM Herrn Brust, RM Frau Stahlhofen, SB Herrn Dr. Albach, RM Herrn Kienitz und SE Herrn Resch wird insbesondere das zu späte Eingeständnis von Fehlern und die mangelhafte Öffentlichkeitsarbeit seitens der AWB sowie die undurchsichtigen Zuständigkeiten von AWB und verschiedenen Ämtern der Stadt Köln und anderer Institutionen kritisiert (Stichwort "Ebertplatz"). Die Ämter seien ihrer Anliegerverpflichtung, z. B. entlang von Grünflächen, Friedhöfen oder Schulen, häufig nicht nachgekommen.

Es wird angesprochen, dass in Straßen mit Anliegerverpflichtung zwar oft die Bürgersteige geräumt, nicht aber die Straßen vom Schnee befreit worden seien, da dies bei den Schneemassen nicht mehr praktikabel gewesen sei. Ein weiteres Problem wird in der Reinigung der Bushaltestellen gesehen. Befürwortet wird der "Winterdienst aus einer Hand", der die Zuständigkeits- und Schnittstellenproblematik wesentlich vereinfache. Wichtig sei eine langfristige Planung.

Herr Mooren nimmt zu den aufgeworfenen Fragen bzw. den Kritikpunkten Stellung. Die "Anliegerproblematik" sei ein Thema, welches separat betrachtet werden müsse. Hinsichtlich der Informationspolitik der AWB bemerkt er, man habe täglich mit den Medien gesprochen und die Situation offen dargelegt. Man habe auf die erprobte "Zwei-Säulen-Strategie" gebaut, damit jedoch "Schiffbruch" erlitten. Daher müsse man schauen, wie in Zukunft damit umgegangen werde. Insofern bewerte er das Expertenhearing positiv.

Herr Kaune betont, der Winter sei für das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ebenfalls eine Herausforderung gewesen. Man habe an 7 Tagen die Woche von 06:00 bis 20:00 Uhr Schichtdienst gefahren, 150 km Wege betreut, 770 t Granulat gestreut und mit den zahlreichen Friedhöfen, Grünanlagen und Spielplätzen viele kleine Flächen zu betreuen gehabt. Daher hätten auch nicht große Fahrzeuge eingesetzt werden können.

Herr Kaune geht ausführlich auf die personellen Ressourcen ein und macht deutlich, dass das Personal im Grünbereich an frostfreien Tagen im Winter andere typische Arbeiten, wie Gehölzrückschnitte, Holzeinschläge oder auch Bestattungen, durchzuführen habe. Andere Arbeiten hätten vernachlässigt werden müssen, weil tatsächlich 288 Kräfte ausschließlich für den Winterdienst eingesetzt worden seien.

Auf die Frage von RM Herrn Brust, ob die richtigen Maschinen, Vorsatzgeräte und Kehrwalzen vorrätig seien, um die Anliegerpflicht erfüllen zu können, antwortet Herr Kaune, die Ausstattung mit Maschinen und Geräten sei nicht optimal sondern tatsächlich verbesserungswürdig.

Hinsichtlich der Höhe von Vertragsstrafen bei Nichtlieferung von Salz informiert Herr Mooren, die AWB GmbH & Co. KG müsse als öffentliches Unternehmen nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) ausschreiben. In der VOL seien auch die Vertragsstrafen geregelt (5 %).

Wenn die Preise dann, sobald bei Salzverknappung nicht mehr geliefert werde, um 100 bis 200 % aufgeschlagen würden, könne eine Vertragsstrafe "einkalkuliert" werden. Diese Rechnung dränge sich auf, auch wenn er keinem Lieferanten etwas unterstellen möchte.

Fakt sei, dass die deutschen Lieferanten kein Salz mehr geliefert hätten und man die benötigten Mengen aus dem Ausland habe beschaffen müssen. Aber auch von dort konnte nicht zum anvisierten Datum geliefert werden, so dass hier die AWB versuchen müssen, ihren Schaden erstattet zu bekommen.

Herr Vater erläutert ausführlich die teilweisen Winterdienstverpflichtungen der AWB und anderer Ämter auf dem Ebertplatz, anhand derer ein Handlungsbedarf überdeutlich wird.

Abschließend dankt Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller den Vertretern der AWB für die Bereitschaft, ausführlich im Betriebsausschuss Stellung zu nehmen. Die Diskussion werde sicherlich, auch in anderen Ausschüssen, fortgesetzt.

Der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Winkelhog, Herrn Mooren, Herrn Foerges und Herrn Vater zur Kenntnis.

### **3 Mündliche Anfragen**

#### **3.1 Citizen Value Anfrage des SB Herrn Dr. Albach**

SB Herr Dr. Albach erwähnt, die Abfallwirtschaftsbetriebe hätten sich an einem Forschungsprojekt des Wuppertal Institutes zum Thema "Citizen Value" beteiligt. Er bittet um Informationen, wie dieses Projekt finanziert worden sei und möchte das Projekt an sich im Betriebsausschuss zur Diskussion stellen.

### **4 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**

#### **4.1 Symposium zum Winterdienst Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 19.01.2011 AN/0139/2011**

Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller schlägt vor, den Dringlichkeitsantrag in den Hauptausschuss zu verweisen.

RM Herr Kienitz merkt an, der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb sei der Fachausschuss und er halte es für bedeutend, dass dieser ein Votum treffe. Er begründet den Antrag mit der Problematik, die bereits in der vorausgegangenen umfangreichen Diskussion zum Thema "Winterdienst" deutlich geworden sei.

RM Herr Brust bittet die CDU-Fraktion, den Dringlichkeitsantrag zurückzuziehen oder dem Vorschlag zu folgen, darüber im Hauptausschuss abzustimmen. Der Betriebsausschuss sei zwar Fachausschuss, aber nur bezogen auf den städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb. Das Problem "Winterdienst" betreffe aber viele andere Dienststellen wie die KVB, das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, die Gebäudewirtschaft usw.

Man habe den Hauptausschuss einberufen, um ein Konzept für die gesamte Stadt zu erstellen. Daher gehöre der Dringlichkeitsantrag sachlich in den Hauptausschuss. Auch rege er einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen für den Hauptausschuss an.

RM Herr Dr. Fladerer stellt die Dringlichkeit in Abrede. Der Antrag beinhalte nichts Neues und sei gestellt worden, nachdem im Aufsichtsrat der AWB genau das, was jetzt im Antrag stehe, beschlossen worden sei. Der Beschluss sei von allen Fraktionen auf Vorschlag der Geschäftsführung der AWB getroffen worden.

RM Frau Welcker entgegnet, es sei notwendig, dass diese Initiative nicht allein von den AWB ausgehe, sondern dass sie von der politischen Mehrheit getragen werde.

Nach einer weiteren kontroversen Diskussion stellt RM Herr Dr. Welpmann den formalen Antrag, den Dringlichkeitsantrag in den Hauptausschuss zu verweisen.

Die Ausschussvorsitzende stellt den Verweis in den Hauptausschuss zur Abstimmung:

#### **Beschluss:**

Der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln verweist den Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion in den Hauptausschuss.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt** gegen die CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

## **5 Allgemeine Beschlussvorlagen**

Keine.

## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Einbau von unterirdischen Glascontainern 4892/2010**

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, diese als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Betriebsausschusssitzung zu setzen, um sie dann zur Kenntnis zu nehmen. Im Ausschuss herrscht hierüber Einvernehmen.

**7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

Keine.

gez.

Dr. Sabine Müller

(Ausschussvorsitzende)

gez.

Barbara Bültge

(Schriftführerin)